



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2012

Religionen können sich modernisieren (Interview zur Beschneidung)

Killias, Martin ; Reich, Felix

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-73903>

Newspaper Article

Originally published at:

Killias, Martin; Reich, Felix. Religionen können sich modernisieren (Interview zur Beschneidung). In: reformiert.info: Evangelisch-Reformierte Zeitung für die deutsche und rätoromanische Schweiz, 9, 1 September 2012, online.

«Religionen können sich modernisieren»

BESCHNEIDUNG I/ Strafrechtsprofessor Martin Killias, selbst reformiert, kritisiert die reformierte Kirche: Sie stelle beim Thema Beschneidung die Religionsfreiheit über die Rechte des Kindes.

Herr Killias, als die Zürcher Kirchen Ende Juli den – mittlerweile wieder aufgehobenen – Beschneidungsstopp am Zürcher Universitätsspital kritisierten, zeigten Sie sich verärgert. Wieso?

Zunächst darüber, dass die Religionsfreiheit über die Rechte des Kindes gestellt wird. Dabei geht es um einen problematischen Begriff der Religionsfreiheit, verstanden nämlich als die Freiheit, die Menschenrechte des Kindes zu relativieren. Dass die Reformierten hier mitmarschieren, erstaunt mich, denn im 19. Jahrhundert standen sie an der Seite derer, die die laizistische Gesellschaft errichtet und genau diese Art von «Religionsfreiheit» bekämpft haben. Als Konfession, der wir die offene und freie Gesellschaft weitgehend verdanken, sollten die Reformierten dazu beitragen, dass eine ernsthafte Diskussion über die Beschneidung und andere Traditionen innerhalb der betroffenen Religionsgemeinschaften in Gang kommt.

Einzelne Kantonalkirchen brandmarkten den Beschneidungsstopp als Eingriff in die Religionsfreiheit.

Religionsfreiheit ist in erster Linie die Freiheit, eine Religionsgemeinschaft zu verlassen und sich gegebenenfalls einer anderen anzuschliessen – in vielen Ländern steht darauf die Todesstrafe. Allerdings wird sie immer mehr zum Vehikel,

um Praktiken zu verteidigen, die den Wertvorstellungen unserer Gesellschaft widersprechen.

Heisst das, die reformierte Kirche setzt sich zu wenig von anderen Religionen ab und tritt zu stark als deren Anwältin auf?

Genau das ist meine Sorge. Sie hilft damit auch den anderen Religionsgemeinschaften nicht. Ein solidarischer Diskurs bedeutet, dass man die eigenen Wertvor-

«Die Reformierten sollten dazu beitragen, dass eine ernsthafte Diskussion über die Beschneidung in Gang kommt.»

••••••••••

stellungen verteidigt und sich mitunter auch Kritik erlaubt. Ich bin optimistisch, dass Religionsgemeinschaften sich modernen Wertvorstellungen anpassen können – das beste Beispiel ist die katholische Kirche. Vor 150 Jahren war sie gegen die Zivilehe, Mischehe, die öffentliche Schule und für die Todesstrafe. Dass sie von diesen Positionen abrückte, war die Folge davon, dass die Reformierten und Libera-



Knabenbeschneidung in einer Synagoge in Budapest

len sich konsequent für den Vorrang der Menschenrechte eingesetzt haben.

Als Strafrechtler sagen Sie, die Beschneidung sei als Körperverletzung zu ahnden.

Dass das Entfernen der Vorhaut eine Körperverletzung ist, kann man nicht ernsthaft bestreiten. Unsere Rechtsprechung betrachtet auch Impfungen ohne Zustimmung des Betroffenen als Körperverletzung. Wenn Einzelne die Beschneidung mit einer Schönheitsoperation gleichsetzen oder mit medizinischen Vorteilen rechtfertigen, wäre ein Aufschub auf das Alter der religiösen Mündigkeit mit sechzehn Jahren angezeigt.

Gehört das Thema wirklich an die Strafrecht delegiert, und müssten alle jüdischen Beschneidungsspezialisten angeklagt werden?

Mit dieser Vorstellung habe ich auch Mühe. Es hilft wenig, das Problem durch Strafverfahren anzugehen, zumal man den Personen, die bisher praktiziert haben, Rechtsirrtum zuerkennen und sie freisprechen müsste. Das Strafrecht setzt aber Wertmassstäbe und hat Einfluss auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft.

Müsste nicht auch die Gesellschaft vertieft darüber debattieren?

Doch. Das Kölner Urteil hätte ein Anlass sein können, über die bisher tabuisierte

Knabenbeschneidung nachzudenken – auch wenn das Zürcher Kinderspital sein Moratorium wieder aufgehoben hat. Die Reformierten haben mitgeholfen, dass diese Chance nun vielleicht verpasst wird.

Das Judentum hat wohl gerade dank seiner Riten der Abgrenzung, zu denen die Beschneidung gehört, 4000 Jahre überlebt.

Diesen Einwand verstehe ich. Aber wäre es nicht denkbar, Kompromisse einzugehen? Etwa, indem bestimmte Handlungen symbolisch vorgenommen werden? Die katholische Kirche zum Beispiel hat sich doch auch dramatisch gewandelt! Wieso soll beim Thema Beschneidungen ein gangbarer Weg ausgeschlossen sein? Auch im Islam und im Judentum kann man hoffen, dass sich langfristig Formen von Religiosität entwickeln werden, die eine Koexistenz mit den Werten unserer Gesellschaft ermöglichen.

Sie sind auch reformierter Kirchenpfleger in Lenzburg. Haben Sie als solcher eine andere Sicht auf dieses Thema als als Jurist?

Ich möchte klarstellen: Ich spreche für mich und nicht für die Kirchenpflege oder andere Reformierte. Im Übrigen ist das Gewissen unteilbar – Fachliches, Religiosität und politisches Engagement lassen sich nie völlig trennen.

INTERVIEW: FELIX REICH/SAS



MARTIN KILLIAS, 64

ist Professor für Strafrecht an der Universität Zürich und reformierter Kirchenpfleger (Kirchgemeinderat) in Lenzburg AG. Nach dem Kölner Beschneidungsurteil vertrat er verschiedentlich die Ansicht, dass die Knabenbeschneidung als Körperverletzung strafrechtlich zu ahnden sei. Andere Strafrechtler waren dagegen der Meinung, der Eingriff sei durch die Religionsfreiheit gerechtfertigt.

Auch im Judentum (ein wenig) umstritten

BESCHNEIDUNG II/ Deutsche und Schweizer Rabbiner kritisierten das Kölner Urteil heftig. Es gibt aber auch jüdische Vertreter, die die Beschneidung in ein symbolisches Ritual umwandeln möchten.

Die Beschneidungsdebatte zeigt: Die Schweizer und die deutsche Mehrheitsgesellschaft will den Religionen verstärkt Regeln vorschreiben. Die Gegenwehr ist heftig. Pinchas Goldschmidt, Präsident der europäischen Rabbiner, reagierte entsetzt auf das Kölner Beschneidungsurteil. Es sei «vielleicht der gravierendste Angriff auf das Judentum seit dem Holocaust». Auch die jüdischen Verbände in der Schweiz zeigten sich empört.

OHNE KRÜCKEN. Doch auch innerhalb des Judentums werden kritische Stimmen zur Beschneidung laut. Provokativ sagt der jüdische Historiker Michael Wolffsohn: «Wenn das Judentum von einer Vorhaut abhängt, ist es um das Judentum schlecht bestellt.» Im Gegensatz zu den traditionalistischen Rabbinern betont er den Wandel der jüdischen Religion. Die Beschneidung, so seine These, geht auf das Menschenopfer zurück, das mit der Einführung der Beschneidung in eine Symbolhandlung umgewandelt wurde. Seine Vision: Nun solle diese Entwicklung weitergeführt und die Beschneidung nur

noch symbolisch durchgeführt werden. Wolffsohn fordert, die Religionen sollten prüfen, «welche Krücken, die zu grauen Vorzeiten sinnvoll waren, sie heute noch wirklich brauchen». Für ihn sind auch die jüdischen Speisegesetze nicht tabu.

OHNE GEBOT. Solche Kritik ist – anders als in Israel – in der Diaspora selten. Auch Antje Yael Deusel, eine der wenigen Rabbinerinnen in Deutschland, sieht das deutsche Judentum durch das Kölner Urteil bedroht. Dass sie als Liberale gleich denkt wie orthodoxe Juden, zeigt: In der Beschneidungsfrage spielt die innerjüdische Solidarität. Hinzu kommen für die Rabbinerinnen noch die medizinischen Vorteile der Beschneidung wie die Aidsprävention oder der Schutz vor Gebärmutterhalskrebs. Denn Deusel ist Urologin und ärgert sich: «Zahlreiche gute medizinische Argumente, die bisher auch die nicht religiös motivierte Beschneidung unterstützten, werden jetzt zurückgedrängt.» **DELFBUCHER**

AUSFÜHRLICHE VERSION. www.reformiert.info

Michel Müller warnt vor christlichem Imperialismus

BESCHNEIDUNG III/ Sollen die Reformierten das jüdische und muslimische Ritual kritisieren? Der reformierte Zürcher Kirchenratspräsident Michel Müller sagt mit deutlichen Worten Nein. Er setzt sich vielmehr für die Religionsfreiheit ein.

Kirchenratspräsident Michel Müller ist erleichtert. Das Beschneidungsmoratorium des Zürcher Kinderspitals wurde am 10. August aufgehoben und die Kontroverse um die Beschneidung jüdischer und muslimischer Knaben vorläufig beendet.

INNERJÜDISCH. Schon der erste Krisen Gipfel der Urchristen, das Apostelkonzil (Apostelgeschichte 15), drehte sich um die Frage: Wie halten es die Christen mit der Beschneidung? Müller betont, Paulus habe die Beschneidung seiner einst jüdischen Glaubensbrüder nicht infrage gestellt. Es ging vor allem um die neu getauften nicht jüdischen Christen. Auch Juden, die ausserhalb Palästinas lebten und mit den hellenistischen Strömungen im Römischen Reich vertraut waren, diskutierten die Beschneidung, so Müller. Es sei eine innerjüdische Debatte gewesen – und solle dies auch heute bleiben.

Aber sollen die Reformierten, die die Religion als etwas Wandelbares aufassen, Juden und Muslime auffordern, ihre Riten der Moderne anzupassen?

Nein, sagt Müller und warnt vor einem «christlichen Imperialismus», der nur noch durch den «atheistischen Imperialismus» übertroffen werden könne. Zwang dürfe nicht an die Stelle von Dialog treten. Die reformierte Kirche setze sich, so Müller, für die Religionsfreiheit ein und damit «auch für das Recht, Religion mit Riten auszugestalten, die uns vielleicht fremd sind». Gegen Bannerträger der Moderne wie der Strafrechtsprofessor Martin Killias argumentiert Müller: «Es gibt gerade in der Moderne ein Recht, über einen Sinngehalt nachzudenken, der hinter die Grundvoraussetzungen der Moderne zurückgeht.»

INAKZEPTABEL. Für den Kirchenratspräsidenten ist klar: Der moderne Staat sollte die Beschneidung nicht per Gerichtsurteil verbieten. Den verordneten Zwang eines deutschen Provinzgerichts findet er inakzeptabel. Der Gesetzgeber dürfe aber alles tun, damit der kleine Schnitt an der Vorhaut wirklich ein kleiner Eingriff bleibe – sprich: medizinische und hygienische Standards vorgeben. **DELFBUCHER**



MICHEL MÜLLER, 48

ist Kirchenratspräsident der reformierten Landeskirche Zürich und Präsident des «Interreligiösen Runden Tisches» im Kanton. Ende Juli kritisierten die reformierte und die katholische Zürcher Kirche den Beschneidungsstopp des Kinderspitals als «voreilig und unverhältnismässig».